Kommunalpolitik in Bickenbach am Beispiel der Jugenheimer Freibadsanierung eine 'Real-Life-Soap'

von Ulrich Friedrich Koch

Statt eines Vorwortes: Die Sitzverteilung in der Gemeindevertretung verhielt sich in der Amtszeit April 1997 bis März 2001 wie folgt:

SPD 9 Sitze - CDU 9 Sitze - Grüne 4 Sitze - FDP 1 Sitz.

Parallel zum Erzählstrang dieser Geschichte verlief eine Auseinandersetzung um das Arbeitszeitkontingent für das kommunale Referat Frauenbeauftragte, doch das ist eine Soap, die ein andermal aufgeführt wird.....

Sommer 1998 In der Nachbargemeinde Seeheim-Jugenheim bewegen sich die Kostenschätzungen für die notwendige Sanierung des Jugenheimer Freibades um die 5 Millionen. Politisch ist die Sanierung umstritten, finanzierbar ist sie nur, wenn die Gemeinde ein neues Baugebiet ausweist und eigene Flächen verkauft.
Eine Initiative aus Bürgerinnen und Bürgern gründet sich als 'Verein zur Erhaltung des Jugenheimer Schwimmbades e.V.' und sammelt Spenden für diesen Zweck.
Der Ortsverband Bündnis 90 / Die Grünen spendet für die Sanierung des Jugenheimer Freibades 500 DM .

10. Dezember 1998 Die grüne Parlamentsfraktion beantragt, in den Haushalt 1999 der Gemeinde einen Zuschuss in Höhe von 30.000 DM an den Jugenheimer Schwimmbadverein für die Sanierung des Freibades einzustellen. CDU, FDP und ein Mitglied der SPD-Fraktion lehnen diesen Antrag ab, alle anderen Mitglieder der SPD-Fraktion enthalten sich, der Antrag ist also abgelehnt.

Sommer 1999 Die Kostenschätzungen für die Freibadsanierung sind zwischenzeitlich bei 8 Millionen angelangt. Es ist sehr fraglich, ob die Nachbargemeinde die Sanierung durchführt, da die voraussichtlich zu erzielenden Einnahmen aus der Ausweisung des Baugebietes geringer, als erhofft ausfallen werden, und die geschätzten Sanierungskosten nur unter Zugriff auf die gemeindliche Rücklage und aus neu aufzunehmenden Kreditmarktmitteln aufgebracht werden können.

3. Februar 2000 Die grüne Parlamentsfraktion beantragt, in den Haushalt 2000 der Gemeinde einen Zuschuss in Höhe von 50.000 DM an den Jugenheimer Schwimmbadverein für die Sanierung des Freibades einzustellen. Die CDU-Fraktion lehnt diesen Antrag ab, die Fraktionen von SPD und Grünen stimmen zu, der Antrag ist also angenommen. (Der Vertreter der FDP fehlt.)
Da zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht definitiv klar ist, ob das Freibad tatsächlich saniert wird, versieht die Gemeindevertretung den entsprechenden Beschluss mit folgendem Sperrvermerk: 'Auszahlung erst nach Vorlage eines Finanzierungsplans'.

- Sommer 2000 Das Jugendheim Freibad wird saniert und noch rechtzeitig zur Badesaison eröffnet. Im Darmstädter Wochenblatt erscheint zur Eröffnung ein großes Foto mit zwei Badenixen aus Bickenbach: die Tochter des Bürgermeisters mit ihrer Freundin.
28. September 2000 In der Sitzung der Gemeindevertretung fragt der SPD-Fraktionsvorsitzende, warum der Zuschuss zur Sanierung des Freibades noch nicht überwiesen worden ist. Der Bürgermeister antwortet, mit der Gemeinde Seeheim-Jugenheim sei vereinbart worden, ein Sanierungskonzept vorzulegen. "Dies ist bisher noch nicht geschehen und deshalb wurden die Mittel noch nicht überwiesen." Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schlägt vor, den Sachverhalt bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung abzuklären und dann zu berichten.
- November 2000 Die Gemeinde Seeheim-Jugenheim legt der Gemeinde Bickenbach ein Finanzierungskonzept für die Jugendheim Freibadsanierung vor. Obwohl damit die Auflage aus dem Sperrvermerk erfüllt ist, wird der Zuschuss nicht überwiesen.
14. Dezember 2000 Im Bericht des Gemeindevorstandes an die Gemeindevertretung wird dieser Sachverhalt nicht mitgeteilt. Der Gemeindevertretung wird seitens des Gemeindevorstandes auch kein Beschlussvorschlag unterbreitet, dass in irgendeiner Form abweichend von dem Haushaltsbeschluss verfahren werden soll.
Erst auf Nachfrage der Grünen in der Fragestunde antwortete der Bürgermeister: " Der Investitionskostenzuschuss wurde noch nicht überwiesen. Die Gemeinde Seeheim-Jugenheim hat zwischenzeitlich ein abgesichertes Finanzierungskonzept für die Sanierung des Schwimmbades vorgelegt. Der Gemeindevorstand wird der Gemeindevertretung in der nächsten Sitzung einen Beschlussvorschlag unterbreiten."
17. Januar 2001 In einer Sitzung des Ältestenausschusses teilt der Bürgermeister mit, dem Finanzplan der Gemeinde Seeheim-Jugenheim sei zu entnehmen, dass die Schwimmbadsanierung komplett finanziert sei. Er schlägt daher vor, ähnlich wie die Gemeinde Alsbach-Hähnlein lediglich einen Betrag in Höhe von 1 DM pro Einwohner zu spenden. Der CDU-Vertreter stimmt diesem Vorschlag zu. Der FDP-Vertreter hält einen symbolischen Betrag in Höhe zwischen 5.000 und 20.000 DM für ausreichend. Der SPD-Vertreter schlägt vor, für bestimmte Maßnahmen gezielt Geld zu spenden, zum Beispiel für einen Spielplatz auf dem Gelände oder für die Sanierung der sanitären Einrichtungen des Freibades. Die Vertreterin der Grünen lehnt ab, den bereits ausführlich diskutierten und gefassten Beschluss nachträglich zu modifizieren. Der Finanzplan der Nachbargemeinde habe nur durch Kreditmarktmittel ausgeglichen gestaltet werden können. Eine publikumswirksame Scheckübergabe sei nicht notwendig.
Eine Beschlussempfehlung für die Gemeindevertretung wird nicht abgestimmt.
18. Januar 2001 Im Haupt- und Finanzausschuss äußert der Bürgermeister Bedenken, den Zuschuss auszuzahlen, da der Sperrvermerk zunächst durch die Gemeindevertretung formell aufgehoben werden müsse. Der CDU-

Fraktionsvorsitzende moniert, dass die Nachbargemeinde in ihr Finanzierungskonzept den zu erwartenden Zuschuss aus Bickenbach nicht eingeplant habe.

25. Januar 2001 Die Fraktionen von SPD und Grünen stellen unabhängig voneinander Dringlichkeitsanträge zur Aufhebung des Sperrvermerks und zur unverzüglichen Auszahlung des Sanierungszuschusses ein. Die Grünen begründen die Dringlichkeit schriftlich wie folgt: " Die Dringlichkeit für diesen Antrag ergibt sich aus dem Sachverhalt, dass
- den Fraktionen zum Zeitpunkt des Ablaufs der regulären Antragsfrist für diese Sitzung der Gemeindevertretung der Nichtvollzug der Überweisung an den Schwimmbadverein nicht bekannt war
 - die Nachbargemeinde Seeheim-Jugenheim den Betrag von DM 50.000 im Vorgriff auf die Spende des Schwimmbadvereins seit mehr als einem halben Jahr durch Zugriff auf die gemeindliche Rücklage gegenfinanzieren und dadurch einen unnötigen Zinsverlust in Kauf nehmen musste
 - die gut nachbarlichen Beziehungen zwischen unseren Gemeinden durch ein weiteres Vorhalten des öffentlich angekündigten Zuschusses nicht länger belastet werden dürfen."
- Die Fraktionen von CDU und FDP verhindern mit ihrer Sperrminorität die Anerkennung der Dringlichkeit – die Anträge werden auf die Sitzung der Gemeindevertretung am 1. März 2001 vertagt.
1. März 2001 Die Gemeindevertretung befasst sich mit dem Antrag zur Aufhebung des Sperrvermerks. Der Bürgermeister äußert, dass er den Zuschussbetrag von 50.000 DM für zu hoch hält und beantragt, "dem Schwimmbadverein den Betrag von 2,00 DM pro Einwohner zur Verfügung zu stellen." Der Antrag der Grünen (unverzögliche Auszahlung des Zuschussbetrages von 50.000 DM) wird als der weitergehende zuerst abgestimmt und mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.
5. März 2001 Während der Gemeindevorstandssitzung antwortet der Bürgermeister auf die Frage, ob der Zuschuss mittlerweile ausgezahlt worden sei, ohne weitere Erklärungen mit nein.
7. März 2001 Drei Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen, bei fortgesetzter Weigerung des Bürgermeisters, den Zuschuss auszuzahlen, einen Antrag auf einstweilige Anordnung an das Verwaltungsgericht Darmstadt zu stellen. Zuvor will man sich aber nochmals mit dem Bürgermeister zu einem persönlichen Gespräch treffen, um seine Gründe in Erfahrung zu bringen, und ggfs. einen Weg unterhalb gerichtlicher Auseinandersetzungen zu suchen.
8. März 2001 Auf Wunsch des Vorsitzenden der Gemeindevertretung und eines Mitglieds der Grünen-Fraktion findet ein Gespräch mit dem Bürgermeister statt. Dabei erklärt der Bürgermeister, es stehe noch die Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Beschlusses der Gemeindevertretung aus. Was er im einzelnen überprüfen müsse, werde er im Hinblick auf ein mögliches gerichtliches Vorgehen gegen ihn nicht offen legen. Den Hinweis, dass der eigentliche Beschluss für einen Investitionskostenzuschuss an den Jugenheimer Schwimmbadverein bereits

vor mehr als einem Jahr gefasst und diese Zeit weder vom Bürgermeister noch vom Gemeindevorstand genutzt worden sei, Zweifel an der Rechtmäßigkeit vorzubringen bzw. zu klären, werden zurückgewiesen. Nach Auffassung des Bürgermeisters laufe die Frist erst ab dem Beschluss über die Aufhebung des Sperrvermerks am 1. März 2001.

9. März 2001 Drei Mitglieder der Gemeindevertretung stellen beim Verwaltungsgericht Darmstadt einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, "den Bürgermeister zu verpflichten, den Betrag von DM 50.000 unverzüglich an den Schwimmbadverein Jugenheim zu zahlen." In einem Pressegespräch werden Ziele und Motive offengelegt.
10. März 2001 Unter dem Titel: 'Bickenbacher Parlamentarier gehen gegen Martini vor Gericht – Vorwurf: Bürgermeister missachtet Beschlüsse – Wahlkampftheater?' erscheint ein ausführlicher Artikel im Darmstädter Echo. Der Bürgermeister wird unter anderem zitiert: "Man will mich diffamieren und in ein schlechtes Licht rücken."
An ihrem Wahlkampfstand verteilt die CDU Flugblätter, auf denen der Presseartikel und folgende Kommentare abgedruckt sind: 'SPD und Grüne verlassen die Bühne des politischen Anstandes. Wider besseren Wissens wollen sie unseren Bürgermeister verklagen! Sein sparsamer Umgang mit unseren Steuergeldern soll gerichtlich verhindert werden! Und wer zahlt die Zeche? Wir alle, die Bürgerinnen und Bürger Bickenbachs!' Am Wahlkampfstand der SPD sind die Meinungen zwiespältig. Einige meinen, man hätte mit dem Gang vor Gericht bis zum Tag nach den Wahlen warten sollen.
12. März 2001 'Ältestenrat soll tagen – Bickenbachs FDP verurteilt Gang vor Gericht' unter diesem Aufmacher erscheint ein weiterer Artikel im Darmstädter Echo. Der FDP-Vertreter in der Gemeindevertretung "distanziert sich vom Vorgehen des Bickenbacher Parlamentschefs (...) Er habe nichts gegen eine pointiert zugespitzte Diskussion (...) er verwahre sich aber gegen diffamierende Auseinandersetzungen, wie der jetzt in Bickenbach begonnenen.
- Abends findet eine Wahlkampfdiskussion in den Räumen des CVJM statt. Der CDU-Vertreter mahnt sparsamen Umgang mit den Finanzmitteln der Gemeinde an. Der FDP-Vertreter äußert, es seien doch alle Fraktionen schon immer für einen Zuschuss zur Sanierung des Jugenheimer Freibads gewesen.
14. März 2001 Im Ältestenausschuss werden die unterschiedlichen Positionen dargelegt und begründet. Der FDP-Vertreter mahnt vernünftigen Umgang miteinander an. Der Vertreter der Grünen stellt fest, dass dem Beschluss über den Zuschuss an den Schwimmbadverein seither von keiner Seite widersprochen worden ist. Zur Demokratie gehöre, demokratisch gefasste Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren. Der Bürgermeister schlägt erneut vor, pro Einwohner Bickenbachs 2 DM zu spenden. Im übrigen sei der Beschluss der Gemeindevertretung rechtswidrig. Daher lege er mit dem heutigen Datum fristgerecht Widerspruch ein. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme Freibadsanierung sei abgeschlossen. Ein Zuschuss der Gemeinde Bickenbach

sei im Finanzplan nicht vorgesehen. Die Gemeinde sei zu sparsamer Haushaltswirtschaft verpflichtet. Er überreicht dem Parlamentsvorsitzenden eine schriftliche Fassung des Widerspruchs. Der CDU-Vertreter mahnt mehr Zurückhaltung durch den Parlamentsvorsitzenden an. Der Gang zur Presse vor der Wahl sei fragwürdig. Der Vertreter der Grünen verteidigt sowohl für den Gang zum Gericht wie für das Pressegespräch ausdrücklich den Termin vor der Wahl. Der Bürgermeister setze ihm nicht genehme Beschlüsse einfach nicht um. Warum sollen KandidatInnen gewählt werden, wenn diese nicht in der Lage sind, ihren demokratisch gefassten Mehrheitsbeschlüssen Geltung zu verschaffen. Der SPD-Vertreter kritisiert die falsche Darstellung im Wahlflugblatt der CDU. Der FDP-Vertreter gibt zu, dass er weder von dem Gespräch am 8. März noch vom Wahlkampfflugblatt der CDU gewusst habe. Der Parlamentsvorsitzende bekräftigt seine Rechtsauffassung, dass der mehrheitlich gefasste Beschluss umzusetzen sei. Der FDP-Vertreter äußert, die 50.000 DM würden nicht mehr benötigt. Offenbar sei ja auch kein Bedarf mehr da, das Bad sei eröffnet. Der Bürgermeister schlägt vor, dass die Antragsteller ihre Anträge beim Verwaltungsgericht zurückziehen sollten. Im Gegenzug sei er bereit, die Anträge beim Hessischen Städte und Gemeindebund rechtlich prüfen zu lassen. Die Antragsteller erwidern, zunächst müssten sie den schriftlichen Widerspruch des Bürgermeisters für sich rechtlich bewerten. Vereinbart wird, die nach wie vor unterschiedlichen Positionen der Journalistin des Darmstädter Echos in einem gemeinsamen Gespräch durch Parlamentsvorsitzenden und Bürgermeister mitzuteilen.

- 17. März 2001 Im Darmstädter Echo erscheint ein Artikel unter der Überschrift: 'Martini legt Widerspruch ein – Trotzdem sind die Wogen in Bickenbach wieder geglättet'. Hier wird unter anderem berichtet: "Man habe Missverständnisse beseitigt (...) In grundsätzlichen Dingen sei man aber weiter nicht einer Meinung." Der Parlamentsvorsitzende wird abschließend zitiert: "Wäre in der vergangenen Woche erkennbar gewesen, dass (der Bürgermeister) Widerspruch gegen die Parlamentsentscheidung einlegen würde, wäre der Weg zum Gericht nicht eingeschlagen worden."
- 18. März 2001 Kommunalwahl
- 19. März 2001 Nach Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses der Kommunalwahl ist klar: Rechnerisch ist erstmals eine schwarz-gelbe Mehrheit in der Bickenbacher Gemeindevertretung möglich. (SPD 11 Sitze - CDU 12 Sitze - FDP 2 Sitze)
- 21. März 2001 Mitglieder der grünen Parlamentsfraktion wünschen eine Sondersitzung der noch amtierenden (alten) Gemeindevertretung zur Behandlung des Widerspruchs seitens des Bürgermeisters. Die SPD entscheidet sich gegen eine Sondersitzung in der alten Zusammensetzung.
- 23. März 2001 Die drei Antragsteller ziehen ihren Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht Darmstadt zurück.

31. März 2001 Ablauf der Amtszeit der Gemeindevertretung aus der Wahlperiode
1997 – 2001.

Anstelle eines Nachwortes: Im Ort laufen folgende Gerüchte:

Vor der Wahl: Der Bürgermeister erzähle überall, er werde den Zuschuss für die Schwimmbadsanierung auf gar keinen Fall vor der Wahl überweisen.

Nach der Wahl: Der Bürgermeister erzähle überall, der Gang zum Verwaltungsgericht habe der SPD mindestens 3 % der Stimmen gekostet.

Andere Stimmen sehen in dem guten Wahlergebnis für die CDU einen Mitleidsbonus für den Bürgermeister, weil so ein paar böswillige Gemeindevertreter gegen ihn vor Gericht gegangen seien.....

Die Handlung der Geschichte ist natürlich **nicht** frei erfunden. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind zwangsläufig.

Abschrift

Gemeinde Bickenbach
Der Bürgermeister

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung Herrn Wieland Keller

Bickenbach, den 14.03.2001

Ausführung des Haushaltsplanes 2000
Aufhebung eines Sperrvermerks bei der Haushaltsstelle 5960 982000
Beschluss der Gemeindevertretung vom 1.3.2001

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Gemeindevertretung hat am 1.3.2001 unter dem Tagesordnungspunkt 7 'Beratung und Beschlussfassung über die Auszahlung des Schwimmbad-Zuschusses an die Gemeinde Seeheim-Jugenheim' (GVG I - 005/001) folgenden Beschluss gefasst:

"Der Sperrvermerk 'Auszahlung erst nach Vorlage eines Finanzierungskonzeptes' auf der Haushaltsstelle 2.5960.982000.5 Jugenheimer Schwimmbad im Haushaltsplan 2000 wird aufgehoben. Der Betrag in Höhe von 50.000 DM ist unverzüglich an den Jugenheimer Schwimmbadverein auszusahlen."

Gegen diesen Beschluss erhebe ich gemäß § 63 Abs. 1 Satz 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) fristgerecht

WIDERSPRUCH,

da ein Verstoß gegen § 92 und gegen § 96 HGO vorliegt.

Im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2000 hat die Gemeindevertretung auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter dem Unterabschnitt **5960**
Sonst. Sport-/Freizeiteinrichtungen Jugenheimer Schwimmbad einen Betrag von

50.000 DM eingestellt und ein Sperrvermerk -**Auszahlung erst nach Vorlage eines Finanzierungsplanes**- angebracht.

Mit Schreiben vom 16.11.2000 hat der Gemeindevorstand der Gemeinde Seeheim-Jugenheim die Finanzierung der Freibadsanierung in Jugenheim dargelegt. Demzufolge ist die Finanzierung der Gesamtmaßnahme abgeschlossen. Ein Zuschuss der Gemeinde Bickenbach ist in der Finanzplanung nicht vorgesehen.

Der Verein zur Erhaltung des Jugenheimer Schwimmbades e.V. hat mit Schreiben vom 27.2.2001 mitgeteilt, dass die Sanierung des Freibades Jugenheim im vergangenen Jahr erfolgreich abgeschlossen wurde. Eine konkrete Aussage für welche Maßnahme der Verein die 50.000 DM, die er von der Gemeinde Bickenbach erhalten soll, verwenden will, wird in dem Schreiben nicht getroffen. Auch die Gemeindevertretung hat hierüber keine Aussage gemacht.

Gemäß § 92 Abs. 2 HGO hat die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft sparsam zu führen. Dies bedeutet: die Gemeinde ist verpflichtet alle Ausgaben niedrig zu halten und vermeidbare Ausgaben zu unterlassen. Hiermit soll insbesondere auf die Belastung der Abgabepflichtigen (Bürgerinnen und Bürger/Steuerzahler) Rücksicht genommen werden.

Betrachtet man ergänzend die finanzielle Situation der Gemeinde Bickenbach sowohl im Jahr 2000 als auch 2001, so ist festzustellen, dass der Verwaltungshaushalt nur durch eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt ausgeglichen werden kann. Der Vermögenshaushalt wird durch Rücklageentnahme finanziert.

Aus alledem ergibt sich, dass die beschlossene Auszahlung von 50.000 DM somit gegen § 92 HGO verstößt.

Der Beschluss der Gemeindevertretung verletzt außerdem die Rechte des Gemeindevorstandes nach § 96 HGO. Hiernach ermächtigt der Haushaltsplan den Gemeindevorstand Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Die HGO spricht hier eindeutig von **Ermächtigung** und nicht von Verpflichtung. Darüber hinaus ist der Gemeindevorstand hierbei an den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit **gebunden**.

Dieser Grundsatz ist wie bereits dargelegt durch den Beschluss der Gemeindevertretung verletzt.

Dem Gemeindevorstand durch Beschluss aufzugeben, ohne Prüfung der Rechtmäßigkeit eine Auszahlung sofort vorzunehmen, stellt somit eine Aufforderung zum Rechtsmissbrauch dar, und greift in besonderem Maße auch in die originären Aufgaben des Gemeindevorstandes ein.

Dem Beschluss der Gemeindevertretung vom 1.3.2001 ist daher zu widersprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Martini
(Bürgermeister)

Antrag an die Gemeindevertretung zur Sitzung am Donnerstag, dem 29. März 2001

Antragsgegenstand: Widerspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss der Gemeindevertretung vom 1. März 2001 unter Punkt 7 Beratung und Beschlussfassung über die Auszahlung des Schwimmbad-Zuschusses, GVG-Nummer I – 005/01

Beschlussvorschlag: Die Gemeindevertretung weist den Widerspruch des Bürgermeisters gegen ihren Beschluss vom 1.03.2001 bezüglich der Auszahlung des Zuschusses an den Jugendheim Schwimmbadverein (GVG-Nummer I – 005/01) als nicht ausreichend begründet und verfahrensfehlerhaft zurück.

Für den Fall, dass der Bürgermeister nicht unmittelbar öffentlich erklärt, den durch ihn angefochtenen Beschluss unverzüglich umzusetzen, ermächtigt die Gemeindevertretung ihren Vorsitzenden, beim Verwaltungsgericht Darmstadt umgehend Klage gegen den Bürgermeister als Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf Aufhebung der Beanstandung und Umsetzung dieses Beschlusses einzureichen.

Begründung: Der Bürgermeister beruft sich bei seinem Widerspruch auf § 63 Abs. 1 Satz 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO). § 63 HGO gesteht dem Gemeindevorstand als Organ ein Kontroll- bzw. Beanstandungsrecht gegenüber der Gemeindevertretung ein. § 74 HGO greift hier insofern nicht, als der Gemeindevorstand sich nach dem Haushaltsbeschluss 2000 am 3. Februar 2000 zu keinem Zeitpunkt mit der Frage beschäftigt hat, ob die beschlossene Spende an den Jugendheim Schwimmbadverein das Recht verletzt oder das Wohl der Gemeinde gefährdet beziehungsweise einen dementsprechenden Beschluss gefasst hat.

Es ist unbestritten, dass dem Bürgermeister bei Untätigkeit des Gemeindevorstandes ein eigenes Beanstandungsrecht zusteht. Dazu stellt die Gemeindevertretung fest, dass der Bürgermeister als Vorsitzender des Gemeindevorstandes in der umstrittenen Angelegenheit keinen Versuch unternommen hat, eine entsprechende Beschlussfassung des Gemeindevorstandes herbeizuführen. Deshalb kann er nach Auffassung der Gemeindevertretung nicht nachträglich die Möglichkeiten des § 74 Abs. 2 für sich in Anspruch nehmen.

Anlässlich der parlamentarischen Fragestunde während der Sitzung am 28. September 2000 bat der Vorsitzende der Gemeindevertretung den Gemeindevorstand um einen Bericht zur Sache auf der folgenden Sitzung. Bei seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zum gleichen Sachverhalt während der Sitzung der Gemeindevertretung am 14. Dezember 2000 kündigte der Bürgermeister einen Beschlussvorschlag zur nächsten Sitzung an. Beide Gelegenheiten ließ der Bürgermeister verstreichen. Es erfolgte weder ein Bericht, noch eine Beschlussvorlage.

Erst unmittelbar vor der Beschlussfassung der Gemeindevertretung am 1. März 2001 bezüglich einer Aufhebung des Sperrvermerks stellte der Bürgermeister spontan-mündlich den Antrag, "dem Schwimmbadverein den Betrag von 2,00 DM pro Einwohner zur Verfügung zu stellen".

Der Widerspruch des Bürgermeisters als solcher lässt nicht klar erkennen, ob er eine Rechtsverletzung oder eine Gefährdung des Gemeindef Wohls moniert.

In der beigefügten Begründung wird festgestellt: "Dem Gemeindevorstand durch Beschluss aufzugeben, ohne Prüfung der Rechtmäßigkeit eine Auszahlung sofort vorzunehmen, stellt somit eine Aufforderung zum Rechtsmissbrauch dar, und greift in besonderem Maße auch in die originären Aufgaben des Gemeindevorstandes ein." Diese Feststellung ignoriert mehrere Sachverhalte:

1. Der eigentliche Beschluss zur Auszahlung eines Zuschusses an den Jugenheimer Schwimmbadverein wurde bereits mit dem Haushalt 2000 am 3. Februar 2000 gefasst. Nach einschlägiger HGO-Kommentierung zu § 63 beginnt die Widerspruchsfrist mit dem Zeitpunkt der Kenntnisnahme des Gemeindevorstandes von dem fehlerhaften Beschluss. Der Widerspruch hätte sogar mündlich unmittelbar nach Beschlussfassung erhoben werden können.
2. Zur Sitzung der Gemeindevertretung am 25. Januar 2001 stellten zwei Fraktionen einen Dringlichkeitsantrag zur Auszahlung des Zuschusses an den Jugenheimer Schwimmbadverein. Die Feststellung einer Dringlichkeit scheiterte jedoch am dafür erforderlichen Quorum. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kündigte daraufhin an, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der Sitzung am 1. März 2001 zu setzen. Dem Gemeindevorstand war also bereits am 25. Januar 2001 bekannt, dass eine erneute Beschlussfassung in dieser Angelegenheit ansteht. Bedenken hätten auch seit diesem Zeitpunkt noch geltend gemacht werden können.
3. Es gab und gibt bis heute keinen Widerspruch des Gemeindevorstandes gegen die Auszahlung eines Zuschusses an den Jugenheimer Schwimmbadverein.

Auch die Argumente, welche hinsichtlich einer Gefährdung des Wohles der Gemeinde angeführt werden, sind nicht stichhaltig. Der Bürgermeister bezieht sich hier v.a. auf § 92 HGO (Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit). Hierzu stellt die Gemeindevertretung fest:

1. Der Hinweis des Bürgermeisters, dass im Haushalt 2000 der Verwaltungshaushalt nur durch Zuführung aus dem Vermögenshaushalt ausgeglichen werden konnte, entspricht den Tatsachen. Dies galt aber auch schon für den der Gemeindevertretung am 16. Dezember 1999 vom Gemeindevorstand vorgelegten Entwurf des Haushaltes 2000. Dieser Haushaltsentwurf beinhaltete eine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 1.595.742 DM, sowie eine Rücklagenentnahme insgesamt in Höhe von 2.632.401 DM. Der im Widerspruch beklagte Sachverhalt des notwendigen Verwaltungshaushaltausgleichs aus dem Vermögenshaushalt war dem Bürgermeister in seiner am 16. Dezember 1999 gehaltenen Haushaltsrede keine Bemerkung wert. Dagegen traf er folgende Feststellung: "Meine Damen und Herren, auch im Jahr 2000 können wir die Finanzlage unserer Gemeinde als solide bezeichnen und das, obwohl sich die Umlagezahlungen an den Landkreis gegenüber dem Vorjahr drastisch erhöhen. Nicht zuletzt die Gewerbesteuererinnahmen der letzten Jahre, auch unsere sparsame und umsichtige Haushaltsführung habe dazu beigetragen, dass wir durch den Aufbau einer starken Rücklage diese Mehrausgaben ohne Neuverschuldung verkraften können."
2. Der Bürgermeister stellt in seinem Widerspruch u.a. fest: "Gemäß § 92 Abs. 2 HGO hat die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft sparsam zu führen. Dies bedeutet: die Gemeinde ist verpflichtet alle Ausgaben niedrig zu halten und vermeidbare Ausgaben zu unterlassen. Hiermit soll insbesondere auf die Belastung der Abgabepflichtigen (Bürgerinnen und Bürger/Steuerzahler) Rücksicht genommen werden." Hier ist zu fragen, warum weder Gemeindevorstand noch Bürgermeister zum Haushalt 2000 eine Einschränkung der sogenannten freiwilligen Leistungen der Gemeinde, also zum Beispiel bei der Gewährung

von Zuschüssen an Vereine, Organisationen und zu Veranstaltungen, beantragt haben. Auch zum Haushalt 2001 wurden keine entsprechenden Anträge seitens Gemeindevorstand oder Bürgermeister gestellt. Offenbar sahen weder Gemeindevorstand noch Bürgermeister den Haushaltsausgleich in den Jahren 2000 und 2001 als gefährdet an.

3. Nach Auffassung der Gemeindevertretung widerspricht die Ablehnung eines Zuschusses an den Jugenheimer Schwimmbadverein unter der gegebenen Lage der Gemeindefinanzen dem allgemeinen Interesse der Gemeinde. Die Gemeinde Bickenbach kann sich Errichtung und Betrieb eines eigenen Freibades nicht leisten; eine solche Investition wäre wirtschaftlich nicht vertretbar. Der Weiterbetrieb des Jugenheimer Schwimmbades war angesichts notwendiger, erheblicher Sanierungsinvestitionen hochgradig gefährdet. Ohne den ideellen wie materiellen Einsatz des 'Vereins zur Erhaltung des Jugenheimer Schwimmbades e.V.' wäre das Jugenheimer Schwimmbad wohl nicht saniert worden. (Dem Jugenheimer Schwimmbadverein war die Beschlussfassung der Bickenbacher Gemeindevertretung durch den Haushaltsbeschluss 2000 seit Februar 2000 bekannt.) Im übrigen wurden sowohl der Haushalt 2000 wie auch der Haushalt 2001 von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigt.
4. Der Verweis auf den Bickenbacher Erlensee als gleichwertiges Freizeitangebot ist nicht stichhaltig. Viele Bickenbacher Eltern lassen ihre Kinder während der Badesaison nicht alleine und unbeaufsichtigt am Erlensee baden, weil hier eine vergleichbare Aufsicht durch einen Bademeister sowie vergleichbare sanitäre Einrichtungen wie im Jugenheimer Freibad nicht vorhanden sind. Die für jeden ersichtlichen und bekannten hohen Besuchszahlen aus Bickenbach belegen dies ganz eindeutig. Im übrigen entstehen der Gemeinde Bickenbach durch eine Verrechnung von Pachtzahlungen des Angelsportvereins keine unmittelbaren finanziellen Belastungen aus dem Badebetrieb am Erlensee. Der Hinweis auf zweifache finanzielle Belastung für Badeangebote zieht insofern nicht.

Die Gemeindevertretung Bickenbach hatte an der Sanierung und hat an dem Weiterbetrieb des Jugenheimer Freibades ein ganz unmittelbares Interesse im Sinne ihres Auftrages, für ihre Bürgerinnen und Bürger soziale, sportliche und kulturelle Angebote im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde bereitzustellen.

Entwurfssfassung von Ulrich Friedrich Koch, 21. März 2001

Real-Life-Soap ...

von Ulrich Friedrich Koch

Wie jede richtige Soap hat auch die in Sachen Jugendlicher Schwimmbad eine Fortsetzung:

Die Bickenbacher Gemeindevertretung behandelte auf ihrer Sitzung am 7. Juni 2001 den Widerspruch des Bürgermeisters gegen die Auszahlung von DM 50.000 an den Schwimmbadverein Jugendheim.

(Die Vorgeschichte kann nachgelesen werden im Bickenbacher Magazin, Heft 80 vom Juni 2001, Seite 30 ff. unter dem Titel: Kommunalpolitik in Bickenbach am Beispiel der Jugendlicher Freibadsanierung - eine "Real-Life-Soap")

In der BürgerInnen-Fragestunde hatte sich Herr Karl Heinz Kloos vom Schwimmbadverein zur Sache geäußert:

- Die Gemeinde Seeheim-Jugendheim habe zur Finanzierung der Schwimmbadsanierung einen Kredit in Höhe von 2 Millionen DM aufnehmen müssen, der sie jährlich Zinsen in Höhe von rund 120.000 DM koste.
- Aus Bickenbach kommen derzeit 90 DauerkartenbesitzerInnen ins Jugendlicher Freibad. Berechne man die Zahl der Besuche nach Rentierlichkeitskriterien, kämen so zurzeit jährlich 1.800 Besuche allein von Bickenbacher Dauerkartengästen.

Wieland Keller, der ehemalige Vorsitzende der Gemeindevertretung, stellte fest, dass die Frist für einen Widerspruch gegen den Spendenbeschluss der Gemeindevertretung bereits im März 2000 abgelaufen sei und daher der aktuell zu behandelnde Widerspruch des Bürgermeisters hinfällig sei.

Bürgermeister Martini betonte, dass nach seiner Rechtsauffassung die Widerspruchsfrist erst ab Beschluss über die Aufhebung des Sperrvermerks am 1. März 2001 eingesetzt habe. Warum das Schreiben an die Nachbargemeinde Seeheim-Jugendheim vom März 2000 mit der Frage nach dem Finanzierungskonzept für die Schwimmbadsanierung, dessen Vorlage nach dem Haushaltssperrvermerk Voraussetzung für die Auszahlung der Spende gewesen sei, dort nicht angekommen ist, könne er sich auch nicht erklären.

Rolf Meyer, Fraktionsvorsitzender der FDP, berichtete aus seiner Erinnerung, dass mit dem im November 2000 schließlich vorgelegten Konzept der Nachbargemeinde die Finanzierung abgeschlossen und von daher eine Spende im ursprünglich beschlossenen Umfang nicht notwendig erschienen sei.

Herr Böhm vom Gemeindevorstand äußerte, es sei nie um eine Spende an den Schwimmbadverein sondern immer um eine Spende an die Gemeinde Seeheim-Jugendheim gegangen. (Dies stimmt nachweislich nicht! U.K.)

Ulrike Keller von der SPD-Fraktion wies die Begründung für den Widerspruch des Bürgermeisters als nicht haltbar zurück: Zwar schreibe die Hessische Gemeindeordnung (HGO) im § 92 den Gemeinden wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung vor, dies entbinde den Gemeindevorstand und den Bürgermeister aber nicht von der Verpflichtung aus § 95 HGO zur verbindlichen Umsetzung des Haushaltsplans. Die Spende in Höhe von DM 50.000 sei als Bestandteil des gemeindlichen Haushaltes ausdrücklich beschlossen worden.

Markus Hennemann von der SPD-Fraktion bat, neben der juristischen Auseinandersetzung nicht die Frage zu übersehen, was der Gemeinde Bickenbach der Weiterbetrieb des Jugendheim Freibades wert sei.

Bürgermeister Martini äußerte, am 1. März 2001 sei erstmals der Jugendheim Schwimmbadverein als Spendenempfänger genannt worden. (Auch dies stimmt nachweislich nicht! U.K.)

Uwe Daum, Fraktionsvorsitzender der SPD, kritisierte den Bürgermeister, dass von der Beschlussfassung der Gemeinde zum Haushalt am 3. Februar 2000 bis zu einer Anfrage der SPD im Juni 2000 nichts zu dessen Umsetzung unternommen worden sei. Jetzt versuche man -mit neuen Mehrheiten in der Gemeindevertretung- die Sache elegant ungeschehen zu machen.

Bürgermeister Martini wies die Unterstellungen gegen seine Verwaltung als Unverschämtheit zurück.

Rolf Meyer rekapitulierte: Der Bürgermeister habe im vergangenen Jahr ein Angebot an die Gemeinde Seeheim-Jugendheim gemacht. Auch wenn der diesbezügliche Brief tatsächlich nicht angekommen ist, habe man in Seeheim-Jugendheim durch die Presseberichterstattung im Echo von dem Angebot Kenntnis haben können. Die Nachbargemeinde habe sich nicht gemeldet - offenbar bestand also kein Bedarf für eine finanzielle Unterstützung bei der Freibadsanierung.

Abstimmung über den Widerspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss der Gemeindevertretung, dem Jugendheim Schwimmbadverein eine Spende in Höhe von DM 50.000 DM zu überreichen:

ja (14:11:0) [CDU ja, FDP ja, SPD nein]

Anschließend wurde über die Höhe einer Spende der Gemeinde Bickenbach an den Schwimmbadverein diskutiert. Zur Auswahl stand eine

- Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses: 1 DM pro EinwohnerIn (DM 5.500)
- Antrag des Bürgermeisters: 2 DM pro EinwohnerIn (DM 11.000)
- Antrag der SPD: 4 DM pro EinwohnerIn (DM 22.000)

Abstimmung

über eine Spende an den Jugendheim Schwimmbadverein

in Höhe von DM 22.000 : nein (11:14:0) [CDU nein, FDP nein, SPD ja]

in Höhe von DM 11.000 : ja (einstimmig)

Kommentar:

Bürgermeister Martini hat den demokratisch gefassten Mehrheitbeschluss der Gemeindevertretung vom 3. Februar 2000 dem Jugendheim Schwimmbadverein DM 50.000 zweckgebunden für die Sanierung des Freibades zu spenden, in klassischer Kohl'scher Manier 'ausgesessen'. Nur der Wechsel der politischen Mehrheit in der Gemeindevertretung, auf die er spekuliert hat, bewahrte ihn vor eine Bauchlandung.

Den Schaden haben:

- der Jugenheimer Schwimmbadverein, der sich nach den Beschlussversprechungen der Bickenbacher Gemeindevertretung an der Nase herum geführt fühlen muss. [Ohne das Engagement dieses Vereins gäbe es heute kein Freibad Jugenheim mehr...]
- die Nachbargemeinde Seeheim-Jugenheim, die auf hohen Kreditmarktmitteln nahezu alleine sitzen gelassen wurde. [Darunter leidet zwangsläufig die Beziehung zur Nachbargemeinde, auf deren Qualität auch Bickenbach angewiesen ist. Selbst die ursprünglich beschlossene Spende betrug gerade mal 0,7 Prozent der Sanierungskosten - auch dies nur ein jämmerlicher Beitrag...]
- die Bickenbacher BesucherInnen des Jugenheimer Freibades, die sich als 'Schmarotzer' vorkommen müssen.
- das Bickenbacher Parlament, das einen demokratischen Glaubwürdigkeitsverlust hinnehmen muss. [So verkommt die Freude der CDU über das erfolgreiche Verhindern des ungeliebten grün-roten Spendenbeschlusses der alten Gemeindevertretung zum Pyrrhussieg...]